



WOCHENRÜCKBLICK



Stephan Brandner: Freispruch für die Meinungsfreiheit

Das Landgericht Bamberg hat festgestellt, dass der X-Post mit einem offensichtlich bearbeiteten Bild der damaligen Bundesinnenministerin Nancy Faeser von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, und den Chefredakteur des Deutschland-Kuriers, David Bendels, freigesprochen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, begrüßt das Urteil und wertet es als einen Sieg für die Meinungs- und Pressefreiheit.

„In den letzten Jahren geraten die Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland zunehmend unter Druck. Offen oder auch satirisch und überspitzt seine Meinung zu äußern, kommt für viele konservative und vernünftig denkende Menschen heute nicht mehr infrage – ganz im Gegensatz zu Aktionen vom linken Rand, die Narrenfreiheit genießen. Ein Netz aus Nichtregierungsorganisationen und Meldestellen sorgt dafür, dass viele Menschen in Deutschland inzwischen lieber schweigen, als zu ihren Ansichten zu stehen. Die Justiz, insbesondere die bayerische, spielt dabei oft eine unrühmliche Rolle. Der Freispruch Bendels ist ein wichtiges Zeichen. Gleichwohl hätte er für sein Verhalten nie angeklagt werden dürfen. Der Kampf für die Meinungsfreiheit wird noch lange andauern.“



Pressemitteilung

Stephan Brandner: Deutsche Zensurstrukturen zerschlagen

Ein enges Geflecht aus staatlichen und staatlich finanzierten sogenannten Nichtregierungsorganisationen sorgt in Deutschland für immer stärkere Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass diese Stellen selbst darüber entscheiden, was noch gesagt werden darf und was nicht, ohne dass Strafbares vorläge.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kommentiert den beunruhigenden Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland wie folgt:

„Meinungs- und Pressefreiheit unterscheiden nicht zwischen gut und schlecht oder genehm und unangenehm. Die Grundrechte gelten für alle gleichermaßen und umfassend. Dass ein weit gesponnenes Netzwerk mittlerweile mithilfe der Justiz versucht, diese Grundrechte massiv einzuzengen, ist eine besorgniserregende Situation, gegen die die AfD mit aller Macht vorgeht. Wir verteidigen entschieden demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien. Dazu gehört es ohne Zweifel auch, den Sumpf einseitig politisch agierender und rechtsstaatliche Prinzipien ignorierender Nichtregierungsorganisationen trockenzulegen.“



STEPHAN
BRANDNER

Aktuelle Videos



STEPHAN
BRANDNER

Pressekonferenz zu Linksextremismus



Jahresempfang der Stadt Gera



STEPHAN
BRANDNER

Gründung Generation Thüringen



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche, Mittwoch 14.1.2026

„Die Migrationswende wirkt“, verkündete Minister Dobrindt am Mittwoch in der **Regierungsbefragung** des Bundestages.

Das sei ein deutlicher Erfolg von „Kontrolle, Kurs und klarer Kante“. Eine Reihe von Fragen an den Innenminister beschäftigte sich mit diesem Thema. Dem AfD-Abgeordneten Dr. Gottfried Curio antwortete Dobrindt, die Zurückweisung an den Grenzen sei ein wesentliches Element dieser Politik. Dem AfD-Abgeordneten Hans-Jürgen Goßner versicherte Dobrindt, dass es im Hinblick auf die Abschiebungen vollkommene Übereinstimmung zwischen ihm und Außenminister Wadephul gebe. Auf Goßners Nachfrage, was denn schwere Straftaten seien, nannte der Minister schwere Gewaltverbrechen. In diesen Fällen werde schnell und umfassend abgeschoben.

Breiten Raum nahmen darüber hinaus Fragen zum Schutz kritischer Infrastruktur angesichts des Angriffs auf die Berliner Stromversorgung ein. Auf eine Frage des AfD-Abgeordneten Stephan **Brandner** kündigte Dobrindt an: „Der Linksterrorismus ist zurück in Deutschland. Wir werden ihn bekämpfen. Wir schlagen zurück, wir überlassen ihm nicht das Feld.“

Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte die **Fragestunde**. Getrennt nach Ressorts beantworteten Vertreter der Bundesregierung 45 Minuten lang Fragen, die von den Abgeordneten vorab schriftlich eingereicht worden waren.

Der AfD-Abgeordnete Knuth Meyer-Soltau wollte vom Bundeswirtschaftsministerium wissen, welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung in den kommenden sechs Monaten plant, um die „nach wie vor hohen und gegebenenfalls steigenden Energiekosten“ für private Haushalte nachhaltig zu senken.

Nach dem mutmaßlich **linksextremistischen Anschlag vom 3. Januar auf die Stromversorgung** im Berliner Südwesten ist es am Mittwoch im Bundestag zu einem heftigen Schlagabtausch über das Krisenmanagement gekommen. In einer von der AfD-Fraktion beantragten **Aktuellen Stunde** nannte ihr Abgeordneter Dr. Gottfried Curio es einen „nationalen Notstand“, dass 100.000 Berliner infolge des Terroranschlags „bei eisigen Temperaturen ohne Heizung und Warmwasser, ohne Licht oder Kommunikationsmöglichkeit“ gewesen seien. Dabei wäre es „aus der Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern dringend geboten“ gewesen, die Menschen auf Staatskosten auf Hotels zu verteilen und zu versorgen. Geschehen sei jedoch anfänglich nichts.

„Elternschaft und Existenzgründung ermöglichen – Den Schutz von selbstständigen Schwangeren und Müttern anpassen und verbessern“ lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion, den der Bundestag am Mittwoch beraten hat. Die AfD-Fraktion stellt fest, das Mutterschutzgesetz gelte für schwangere und stillende Arbeitnehmerinnen, Auszubildende und Studentinnen, nicht aber – von Ausnahmen abgesehen – für Selbstständige.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche, Donnerstag 15.1.2026

Nach Monaten des zum Teil erbitterten Streits sind die geplanten Änderungen beim **Bürgergeld**, zu denen auch ein neuer Name (**Grundsicherungsgeld**) gehört, im Bundestag am Donnerstag erstmals beraten worden. Gerrit Huy (AfD) attestierte den Vorlagen zwar „einige vernünftige“ Neuerungen, diese gingen jedoch nicht weit genug. Es fehle das „klare Signal, dass dieser Staat sich nicht ausbeuten lässt“. Huy zeigte sich außerdem davon überzeugt, dass sich 12 Milliarden Euro einsparen ließen, wenn man Iraker, Syrer und Afghanen im Bürgergeldbezug in großem Umfang in ihre Heimatländer zurückschicken würde. Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag eine „aktivierende Grundsicherung statt Grundsicherungsgeld“. Darin heißt es: „Wer sich nicht selbst helfen kann, dem stellt der Staat Unterstützungsleistungen zur Verfügung, bis er seinen Lebensunterhalt wieder aus eigener Kraft bestreiten kann. Ein langfristiger Transferbezug muss jedoch in einer Welt begrenzter Ressourcen die Ausnahme bleiben.“

Der Bundestag hat nach halbstündiger Aussprache vier Vorlagen der AfD-Fraktion zum **Bürokratieabbau** und zur Deregulierung in der Landwirtschaft **abgelehnt**.

Der Bundestag hat außerdem erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „**Stärkung des Katastrophenschutzes und der Resilienz kritischer Infrastrukturen in Deutschland – Lehren aus dem Stromausfall in Berlin ziehen**“ debattiert.

Der Bundestag hat nach halbstündiger Aussprache einstimmig die dritte Beschlussempfehlung des **Wahlprüfungsausschusses** zu Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl angenommen. Damit werden 30 Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag wegen Unbegründetheit zurückgewiesen.

Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede dazu: „Das führt uns dazu, dass das Wahlprüfungsrecht dringend reformiert werden muss. Die Mehrheit prüft die Rechtmäßigkeit einer Wahl, aus der sie selber hervorgegangen ist. Bei der Bundestagswahl ist es so: Da wird über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes für die nächsten vier Jahre entschieden. Und darüber, ob eine Wahl korrekt war oder nicht, entscheiden die, die gewählt worden sind, die also Sitze verlieren würden, Mandate verlieren würden, wenn sie ihrem Auftrag der richtigen, korrekten Wahlprüfung nachkommen würden. Dieses Wahlprüfungsverfahren, erst den Bock zum Gärtner zu machen und denjenigen entscheiden zu lassen, der unter seiner Entscheidung zu leiden hat, und das Ganze dann an ein Verfassungsgericht zu delegieren, das parteimäßig besetzt ist, das muss fundamental geändert werden.“

Der Bundestag hat nach 20-minütiger Aussprache einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „**Inneren Frieden in Deutschland bewahren – Antifa-Verbote umsetzen sowie Linksterrorismus entschlossen bekämpfen**“ mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Stephan Brandner (AfD) sagte dazu: „Extremismus und Terrorismus zu bekämpfen, und zwar – wie auch beim Sozialismus – in jede Richtung, das ist die absolute Überzeugung der Alternative für Deutschland. Wären Sie uns gefolgt – seit 2018 haben wir unzählige Anträge gegen Linksextremismus und gegen Rechtsextremismus eingebracht –, wäre es zu den Anschlägen in Köpenick und auf das Tesla-Werk sowie zum Anschlag vor zwei Wochen nicht gekommen. Das heißt: Sie tragen die politische Verantwortung für den Linksextremismus und den Linksterrorismus in Deutschland.“



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche, Freitag 16.1.2026

Auf die Umsetzung von EU-Vorgaben zum Datenzugang und zur Datennutzung zielen zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung ab, die der Bundestag am Freitag erstmals beraten hat. Scharfe Kritik an den EU-Vorgaben übte Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann (AfD). Er sprach von einem „**Brüsseler Moloch**“ und kritisierte, dass die EU-Verordnungen längst geltendes Recht seien und die nationalen Parlamente die EU-Vorlagen nur noch abnickten. „Die Souveränität gehört zurück in die Hände der Nationalstaaten und der Bürger“, sagte Kaufmann.

Mehrere Anträge der AfD-Fraktion **gegen zentrale Projekte der Energiewende wie Windkraft-, Solar- und Wasserstoffanlagen** sind im Bundestag auf entschiedenen Widerstand bei Rednern der anderen Fraktionen gestoßen. In der Debatte bezeichnete Andreas Bleck (AfD) die Energiewende als die „heilige Kuh der Altfraktionen“. Die Umwelt werde auf dem „Altar der Klimareligion geopfert“. Die AfD wolle dagegen, dass der Wald wieder Lebensraum für Tiere und Pflanzen und Erholungsraum für Menschen werde. „Wir wollen Flächenschonung statt Flächenfraß“, forderte Bleck. Die ohnehin schon bestehenden Flächennutzungskonflikte würden durch erneuerbare Energien verschärft. Zu den Erneuerbaren, die er als Flächenverbrauchsenergien bezeichnete, gebe es eine Alternative: die Kernenergie.

Der Bundestag hat sich am Freitag erstmals mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes** zur Entlastung der Unternehmen durch eine anwendungs- und vollzugsfreundliche Umsetzung befasst. Ebenfalls debattiert wurden ein Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abschaffen“. Die Fraktion kritisiert in ihrem Antrag unter anderem: „Nicht nur, dass das Gesetz zu erheblichen Belastungen, wie der Risikoanalyse, der Entwicklung von Beschwerdemechanismen und Präventions- und Abhilfemaßnahmen führt und interne Ressourcen bei den betroffenen Unternehmen bindet. Es trägt auch nicht in dem Maße zur Verbesserung der Menschenrechte und dem Umweltschutz bei, wie ursprünglich beabsichtigt. Im Gegenteil: Betriebsschließungen und Entlassungen von Beschäftigten führen zu Verschiebungen von Handelsströmen, Verlust von Arbeitsplätzen und einer allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in betroffenen Ländern.“

Um „**Deutschlands Rolle bei der Verteidigung der internationalen Ordnung**“ ging es bei einer von den Grünen beantragten und so benannten Aktuellen Stunde im Bundestag am Freitag. Deutschland habe einst internationalen Einfluss gehabt – „nicht wegen moralischer Belehrungen, sondern wegen wirtschaftlicher Stärke“ sagte Stefan **Keuter** (AfD) in seiner Rede. Industrie, Technologie und Leistungsfähigkeit sei die Machtbasis gewesen. Genau diese Grundlage sei durch die Politik der vergangenen Jahrzehnte systematisch zerstört worden, sagte der AfD-Abgeordnete. Durch eine links-grüne Politik, „die sich in Haltungsritualen verlor, während sie gleichzeitig die industrielle Substanz des Landes aushöhlte“. Wer wirtschaftlich schwach ist, werde aber außenpolitisch ignoriert.



STEPHAN
BRANDNER

Jugend und Parlament

Jugend und Parlament - Bewirb dich jetzt!

6.-9. Juni 2026

Wenn du zwischen 17 und 20 Jahre alt bist und Interesse hast, am Planspiel „Jugend und Parlament“ im Jahr 2026 teilzunehmen, sende deine Bewerbung an stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



STEPHAN
BRANDNER

Zuschuss zur Klassenfahrt



Zuschuss zu eurer
Klassenfahrt nach
Berlin:

Mehr Infos unter
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



STEPHAN
BRANDNER

Unsere nächsten Termine: Wahlkampf

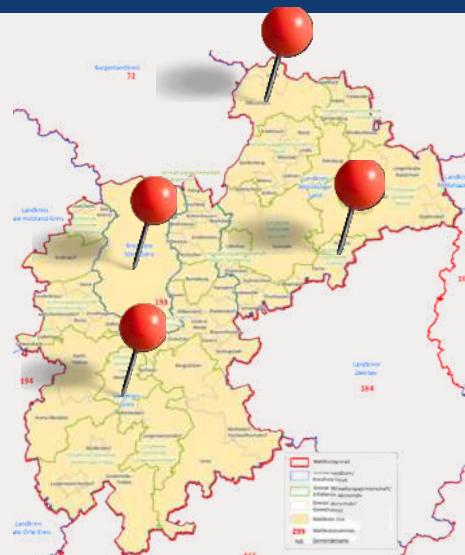


STEPHAN
BRANDNER

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
📞 Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
📞 Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17
Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.
Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  https://twitter.com/BrandnerSt

